



Erfreuliche Stabilisierung der Einnahmeprognosen

Regionalisierte Mai-Steuerschätzung/Koalitionsausschuss zum Finanzausgleich

Die von Finanzministerin Heike Taubert am 12. Mai vorgelegten Ergebnisse der regionalisierten Mai-Steuerschätzung bewertete der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und haushalts- und finanzpolitische Sprecher der Linksfraktion, Mike Huster, als „erfreuliche weitere Stabilisierung der Einnahmeprognosen für das Land und seine Gemeinden“.

Mit den Prognosen werde auch der strategische Ansatz der Landesregierung beim Haushalt 2015 bestätigt, nämlich einen klugen Mix aus politischer Gestaltung, Konsolidierung mit Abbau von Altverbindlichkeiten sowie der Risikovorsorge dem Haushaltsgesetzgeber vorzuschlagen. Dies sei angesichts sinkender Einnahmen aus dem Solidarpakt und steigender Ausgabennotwendigkeiten im Land und in den Kommunen aber auch notwendig.

Die vorgelegte Schätzung erhöhe dennoch die Chancen, „dass sozial und ökologisch nachhaltige Zukunftsinvestitionen und haushalterische Vernunft miteinander stärker als in den letzten Jahren in Einklang gebracht werden können“, betonte Mike Huster.

Wie die Finanzministerin informiert hatte, kann Thüringen im laufenden Jahr im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf 2015 mit zusätzlichen Steuereinnahmen von 59 Millionen Euro rechnen. In der aktuellen Steuerschätzung wurden die gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten aus der Frühjahrsprojek-

tion 2015 der Bundesregierung zugrunde gelegt. Danach wird die Prognose für das reale Wirtschaftswachstum im laufenden sowie im kommenden Jahr auf 1,8 Prozent angehoben. „Die Anpassungen erfolgten insbesondere bei der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer infolge weiter steigender Lohneinkommen und Unternehmensgewinne“, so Heike Taubert.

Susanne Hennig-Wellso:
„Finanzielle Solidarität zwischen Land und Kommunen“

„Trotz der positiven Entwicklung besteht kein Grund zu ausgelassener Freude. Im Haushaltsentwurf 2015 sind noch 724 Millionen Euro an Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen wegen teilungsbedingter Lasten eingestellt. Im Haushalt 2019 werden es nur noch 300 Millionen Euro sein. Im Jahr 2020 laufen die Hilfen aus dem Solidarpakt II vollständig aus. Für Thüringen geht es um wichtige Finanzmittel, die dringend gebraucht werden. Deshalb werden wir uns in die aktuell laufenden Verhandlungen der künftigen Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit unseren Forderungen nachdrücklich einbringen“, sagte die Ministerin.

Am 17. Mai hatte der Koalitionsausschuss der Landesregierung tragenden Parteien sich zu seiner zweiten Sitzung getroffen und erklärt, dass sie den vom vormaligen Finanzminister Wolfgang Voß (CDU) verantworteten bisherigen Kommunalen Finanzaus-

gleich für keine geeignete Grundlage halten, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern.

Sie haben die Ergebnisse der vom Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales vorgenommenen Evaluation zur Kenntnis genommen, nach denen das geltende Gesetz für 2016 eine Finanzausgleichsmasse im Volumen von lediglich 1,6028 Milliarden Euro zulässt. Die Koalitionspartner sind sich in dem politischen Ziel einig, dass die regelgebundene Finanzausgleichsmasse in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 jeweils 1,9 Milliarden Euro nicht unterschreiten soll. Die Entlastungsmittel des Bundes für die Grundsicherung im Alter und die Eingliederungshilfe werden vom Land vollständig an die Kommunen durchgereicht. Die Landesregierung macht Vorschläge, um den Investitionsbedarf in den Kommunen als Maßstab für die Höhe der Zuschüsse aus dem Finanzausgleich stärker zu berücksichtigen.

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag und Landesvorsitzende der Partei, Susanne Hennig-Wellso, dazu: „Rot-Rot-Grün steht zu seinem Wort. Der neue Kommunale Finanzausgleich wird die finanzielle Handlungsfähigkeit der kommunalen Familien sichern. Die Thüringer Kommunen erhalten für das Jahr 2016 mindestens 300 Millionen Euro mehr, als ihnen das Voß-Gesetz zugestanden hätte. Damit setzt die Koalition ein klares Zeichen für die finanzielle Solidarität zwischen Land und Kommunen.“ ■

KOMMENTIERT:

von Christian Schaft

Deutschlandstipendium

Im vergangenen Jahr erhielten 397 Studierende in Thüringen ein Deutschlandstipendium nach dem Stipendienprogramm-Gesetz. Wie das Landesamt für Statistik mitteilte, stieg die Zahl der Stipendiaten im Vergleich zum Jahr 2013 um 29 Studierende bzw. 7,9 Prozent. Mit 21,9 Prozent waren die meisten Studierenden, die mit einem Deutschlandstipendium gefördert wurden, an der Friedrich-Schiller-Universität eingeschrieben (87 Studierende).

Damit bleibt aber das Deutschlandstipendium weiter hinter den Zahlen, welche der Bund zur Zielvorgabe erklärt hatte, zurück. Aus Sicht der LINKEN wäre statt der Gewährung dieser Schmalspur-Stipendien das Geld besser in ein existenzsicherndes und elternunabhängiges BAföG investiert.

Wie die Zahlen belegen, erhalten gerade einmal 0,78 Prozent aller Thüringer Studierenden ein Deutschlandstipendium. Damit wird die ursprünglich vom Gesetzgeber vorgesehene Förderquote von acht Prozent nicht mal annähernd erreicht, selbst die seit 2013 korrigierte Quote von zwei Prozent wird klar unterschritten.

Wie auch schon der Bundesrechnungshof 2013 rügte, fließen 40 Prozent der aufgewendeten Bundesmittel in die Verwaltung eines Programms, welches in Thüringen, aber auch darüber hinaus, kaum Studierende erreicht. Es wäre deshalb bedeutend sinnvoller, die bereitgestellten Mittel für eine Verbesserung der BAföG-Situation zu nutzen, um den allgemeinen Trend, dass ein Drittel der Studierenden neben dem Studium zur Sicherung der Lebenshaltungskosten arbeiten muss, zu mildern. Die 2014 beschlossene BAföG-Reform ging hier Schritte in die richtige Richtung, für viele Studierende ist die Mittelerhöhung ab Herbst 2016 jedoch viel zu spät und bleibt ein Tropfen auf den heißen Stein.

Statt der weiteren Herausbildung einer studentischen Elite brauchen wir eine angemessene Unterstützung gerade der finanziell schlechter gestellten Studierenden, um Bildung für alle zugänglich zu machen. Dies sichert ein modernes BAföG noch immer am besten ab.

Christian Schaft ist wissenschafts- und hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag

AKTUELL

Endlich Anklageerhebung nach Neonazi-Überfall

Zur Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft Erfurt gegen 15 Mitglieder der rechten Szene, die im Februar 2014 eine Kirmesgesellschaft in Ballstädt bei Gotha überfallen haben, erklärten die Sprecherinnen für Antifaschismus der Thüringer Linksfraktion, Katharina König, und der Bundestagsfraktion, Martina Renner:

„Für die Opfer des brutalen Überfalls ist der 18. Mai ein guter Tag, weil endlich Anklage gegen ihre Peiniger erhoben wurde.“ Der Angriff von Ballstädt auf eine friedliche Kirmesgesellschaft, bei dem mehrere Personen teils schwerwiegende Verletzungen davontrugen, zeige exemplarisch, welche Bedrohung von organisierten Neonazis ausgehe.

Gleichwohl zeigten sich die Politikerinnen besorgt, weil in der Presseverlautbarung der Staatsanwaltschaft das in der rechten Gesinnung wurzelnde Motiv der Tat keine Erwähnung gefunden habe. „Wir hoffen, dass seitens des Gerichts den neonazistischen Motiven die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Das waren keine betrunkenen Skinheads bei einer spontanen Wirtshausschlägerei, sondern ideologisierte Nazischläger, die planvoll und gezielt vermeintliche und tatsächliche Gegner physisch ausschalten wollten“, machte König die Qualität des Angriffs deutlich. Die Rädelsführer seien feste Größen in der Thüringer Neonaziszene und gruppierten sich unter anderem um das „Gelbe Haus“ in Ballstädt sowie zuvor um die sogenannte „Hausgemeinschaft Jonastal“ in Crawinkel. Bei-

de Immobilien dienen der Organisation und Festigung von Neonazistrukturen in Thüringen, insbesondere auch mit der Durchführung von Schulungen und Konzerten.

Martina Renner wies auf die engen Verbindungen in rechtsterroristische Kreise hin: „Einige der jetzt Verhafteten haben vor zwei Jahren noch auf Facebook mit Anscheinswaffen den NSU gefeiert und haben enge Verbindungen zum österreichischen Terrornetzwerk ‚Objekt 21‘. Diese Leute zeigen ganz offen und unverhohlen, wie weit ihre Menschenverachtung geht.“ Es müsse daher durch das Gericht sehr sorgfältig geprüft werden, ob hier nicht eine organisierte Struktur hinter dem Angriff stehe, die ihre menschenfeindliche Ideologie gewaltsam durchzusetzen versuche. ■